



Vom Dekret über den Frieden bis zur Konferenz von Helsinki

40 Jahre Kampf der Sowjetunion für die friedliche Koexistenz

Von Dr. Rosemarie Griese, Sektion Marxismus-Leninismus



Zum Moskauer Friedensappell

23. Oktober (7. November) 1917: Die Einnahme des Winterpalais in Petrograd symbolisierte den Sieg des revolutionären Volkes in Rußland. Die Macht im Lande ging an die Sowjets über. Richtschnur des außenpolitischen Kuriers des Sowjetstaates war vom ersten Tag an die Friedenspolitik. Es ist von tiefer Symbolik, daß das erste Dokument der Sowjetmacht, das in der Nacht zum 26. Oktober (8. November) 1917 unmittelbar nach dem Sieg der Revolution auf dem II. Gesamtrussischen Sowjetkongreß verlobt wurde, das von W. I. Lenin verfaßte Dekret über den Frieden war. Im Dezember 1922 auf dem X. Gesamtrussischen Sowjetkongreß wandte sich die Regierung erneut mit einem Friedensappell an die Völker der Welt.

Die Sowjetunion handelt ganz in ihrer großen Tradition, wenn sie an ihrem Jubiläum mit neuen Schritten zur Sicherung des Friedens hervortritt. Das Zentralkomitee der KPdSU, der Oberste Sowjet und der Ministerrat der UdSSR haben sich an die Völker, Parlamente und Regierungen aller Länder mit dem Appell gewandt, alles zu tun, um dem Weltfrieden Einhalt zu gebieten, die Schaffung neuer Massenvernichtungsmittel zu verbieten und die Reduzierung der Rüstungen und Streitkräfte, die Abrüstung in Angriff zu nehmen. Auf diesen gegenwärtig entscheidenden Punkt zielen die konkreten Vorschläge, die Leonid Breschnew in seiner bedeutsamen Rede im Kreml unterbreitete.

Zur Abrüstung hat der Sozialismus eine sehr grundsätzliche Position. Sie ist in dem Appell, der von Moskau ausging, umrissen: „Die kommunistische Partei der Sowjetunion, der Oberste Sowjet der UdSSR, die sowjetische Regierung und unser ganzes Volk werden auch künftig mit aller Entschiedenheit um die Festigung des Friedens und die friedliche Koexistenz, die Einstellung des Weltfriedens und seine Reduzierung bis hin zu allgemeinen und vollständigen Abrüstung unter strenger internationaler Kontrolle ringen.“

(2. Fortsetzung und Schluß)

Das vielfältige Bemühen der sozialistischen Länder, allen voran die Sowjetunion, mit dem Imperialismus zu konkreten Vereinbarungen im Sinne der friedlichen Koexistenz zu kommen, trug Anfang der siebziger Jahre Früchte. Wichtigste Zäsur dafür war das Zustandekommen des europäischen Vertragswerks. Die von der Sowjetunion, der Volksrepublik Polen, der DDR und der CSSR abgeschlossenen Verträge mit der BRD beinhalteten die Anerkennung der in Europa entstandenen Grenzen, die Achtung der territorialen Integrität aller Staaten und den Verzicht auf Gewalt in den gegenseitigen Beziehungen.

Das europäische Vertragswerk war für die Realisierung der friedlichen Koexistenz entsprechend den von Lenin entwickelten Prinzipien äußerst bedeutsam:

- Erstens wurde den aggressiven Vertretern des Monopolkapitals, die um jeden Preis an der Politik des kalten Krieges und des Revanchismus festhielten, eine völkerrechtliche Abfuhr erteilt. Die Verträge beendeten die Nachkriegsperiode und legten die Maßstäbe fest, an denen die Außenpolitik aller betreffenden Staaten gemessen wird. Daran läßt sich heute und in Zukunft nicht rütteln.
- Wenn die Regierung der BRD unter dem Druck der Entspannungsfreunde noch immer an Rudimenten des kalten Krieges festhält, die Beziehung zwischen DDR und BRD nach wie vor als „innerdeutsch“ deklariert, sich gegen die Anerkennung der Staatsbürgerschaft der DDR wider jeder Logik sträubt, so zeigt das die Härte des Klassenkampfes zwischen Sozialismus und Imperialismus und die Widersprüchlichkeit imperialistischer Politik. Die Erfahrungen lehren, daß sich das Rad der Geschichte des Sozialismus dreht. Heute noch offene Fragen werden unter

dem Druck des sich weiter verändernden internationalen Kräfteverhältnisses auch von den Vertretern der BRD im Sinne echter friedlicher Koexistenz beantwortet werden müssen.

- Zweitens brach im Zuge der positiven Entwicklung die diplomatische Blockade gegen die DDR endgültig zusammen, die von den Imperialisten in den 30er Jahren errichtet wurde. Im September 1973 wurde die DDR als 133. Land gleichberechtigt in die UNO aufgenommen, arbeitet erfolgreich und aktiv in internationalen Organisationen mit und unterhält zur Zeit mit 122 Ländern diplomatische Beziehungen.
- Wichtige Schritte zur europäischen Staatenkonferenz waren damit zurückgelegt. Die Ergebnisse der sich abzeichnenden Wende vom kalten Krieg zur Entspannung erfuhren eine bedeutsame sichtbare Förderung durch das Friedensprogramm des XXIV. Parteitagess der KPdSU im Jahre 1971. Diese von allen Völkern begrüßte neue Friedensinitiative enthielt konkrete Vorschläge zur Beseitigung bestehender Kriegsgefahren, zur Realisierung der friedlichen Koexistenz auf allen Kontinenten und zur weltweiten Abrüstung.
- Der VIII. Parteitag der SED und die Parteitage der Bruderländer identifizierten sich mit dem Friedensprogramm und betrachteten es als gemeinsames Programm zur Weiterführung des Kampfes für Frieden und Sicherheit. Marksteine in der Realisierung des sowjetischen Friedensprogramms wurden die 1972/1974 zwischen der UdSSR und den USA abgeschlossenen Verträge und Vereinbarungen, die das internationale Klima weiterhin günstig beeinflussten und die Entspannungsgegner stärker in die Defensive drängten.
- In die Friedensoffensive der Sowjetunion ist auch das Pariser Abkommen von 1973 einzuordnen, mit dem die Niederlage des USA-Imperialismus in Vietnam endgültig besiegelt und dessen Abzug aus dem befreiten Land erzwungen

wurde. Der Sieg des vietnamesischen Volkes, die Wiederherstellung der Einheit des Landes und der zielgerichtete Aufbau des Sozialismus haben die internationalen Positionen des USA-Imperialismus sichtbar geschwächt.

Alle genannten Faktoren führten dazu, daß sich trotz wütender Attacken durch die Gegner der friedlichen Koexistenz die Entspannung zur vorherrschenden Tendenz in der Welt entwickelte. An der von der Sowjetunion und den sozialistischen Bruderländern ständig hervorgehobene Feststellung, daß es zur friedlichen Koexistenz keine Alternative gibt, konnten auch die Regierungen imperialistischer Staaten nicht mehr vorbegehen. Die Völker forderten immer stärker und nachhaltiger Maßnahmen zur Sicherung des Friedens, zum Abbau internationaler Spannungen und zur Herstellung eines Klimas der gegenseitigen Achtung und Zusammenarbeit.

Krönung aller außenpolitischen Aktivitäten der Sowjetunion und der sozialistischen Bruderländer wurde der erfolgreiche Abschluß der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa im August 1975 in Helsinki. Die Unterzeichnung der Schlussakte durch die Staatsoberhäupter von 33 europäischen Staaten sowie der USA und Kanadas bildete einen historisch bedeutsamen Höhepunkt im Kampf der sozialistischen Länder für die Realisierung von Frieden und Zusammenarbeit.

Die Erarbeitung der Schlussakte selbst stellte wiederum hohe Anforderungen an die diplomatische Mission der Sowjetunion und der sozialistischen Länder, erforderte die Meisterung der Einheit von Prinzipienfestigkeit, Flexibilität und Kompromißfähigkeit. Die Komplexität bestand darin, daß dem zu erarbeitenden Dokument ein ausgewogener Interessenausgleich geschaffen werden mußte bei voller Beachtung und Wahrung der Prinzipien der friedlichen Koexistenz. Wie hat die Auseinander-

setzung um die Erarbeitung der einzelnen Körbe der Schlussakte zwischen den Vertretern sozialistischer und imperialistischer Länder war, geht nicht zuletzt aus der zeitlichen Dauer der sogenannten 2. Phase der Konferenz hervor.

Von der 1. Konzeption bis zur Endfassung des uns vorliegenden Dokumentes vergingen 22 Monate, in denen in rund 2.500 offiziellen Sitzungen der Vertreter der betreffenden Staaten um jede Formulierung gerungen werden mußte. Trotz Stürme der Entspannungsfreunde, die nichts unversucht ließen, die Konferenz zu sprengen, siegte unter dem Einfluß der konstruktiven Friedensstrategie der sozialistischen Staatengemeinschaft die Vernunft und der Wille zum Frieden.

In erbitterter Klassenaussäuerungs- und dem Imperialismus entstand erstmalig in der europäischen Geschichte ein Vertragswerk, das den Prinzipien der friedlichen Koexistenz entspricht, die Völker ihrem Ziel nach dauerhaftem Frieden näherbrachte und auch über die Grenzen Europas positive Auswirkungen hat. Mit Recht knüpfen die Völker gleiche Erwartungen an die gegenwärtig stattfindende Nachfolgekonferenz in Belgrad.

Bei der berechtigten Freude über die Erfolge sozialistischer Friedenspolitik übersehen wir jedoch nicht, daß der Frieden heute zwar sicherer, aber noch nicht gesichert ist. Die Feinde der Entspannung sind noch nicht besiegt. Im Gegenteil: Nach Helsinki und vor Belgrad haben sich ihre aggressiven Aktivitäten bedeutend verstärkt. Jeder Schritt auf dem Wege eines dauerhaften Friedens muß heute in hartem Klassenkampf abgerungen und verteidigt werden. Wachsamkeit der Völker ist nach wie vor geboten. Aber sie ist mit der Gewißheit verbunden, daß auch in der Zukunft die sozialistische Friedensstrategie triumphieren wird. Sie allein entspricht den Lebensinteressen aller Völker.

Der „Modellfall CSSR“ und sein Flasko (2)

Die NATO verfolgte also 1968 hinsichtlich der CSSR die gleichen Ziele wie 1956 in der Ungarischen Volksrepublik oder 1953 und 1961 gegenüber der DDR. Infolge des zu ihren Ungunsten geänderten Kräfteverhältnisses griff sie jedoch zu anderen strategischen Methoden. Gegen die CSSR ging sie vielmehr zu einer langfristig angelegten, raffiniert unter pseudosozialistischen Lösungen sowie mit den Mitteln der psychologischen Kriegführung und des Wirtschaftskrieges geführten Unterminierung über.

Die Führungsstäbe und ihre Geheimdienste nahmen - gestützt auf rechte Kräfte in der CSSR - Kurs auf von außen gesteuerte Veränderung der politischen Machtverhältnisse in diesem sozialistischen Staat und versuchten, diesen Prozeß als „revolutionäre“ innere Entwicklung auszugeben. Fachleute für konterrevolutionäre Subversion haben dafür die Bezeichnung „gewaltfreier Aufstand“ erfunden.

Zusammengefaßt lagen dem Vorgehen der NATO-Hauptmächte gegen die CSSR folgende Methoden zugrunde:

- Die „indirekte“ Aggression unter dem Vorwand der „Weiterentwicklung des Sozialismus“ betreiben;
- die psychologische Kriegführung als eine Hauptkampfform unterhalb der „Kriegschiwelle“ langfristiger, raffinierter, intensiver und breiter anwenden und die Massenmedien der CSSR in die Hand willfähriger Werkzeuge der Konterrevolution spielen;
- die äußere Einmischung sorgfältig tarnen;
- den „weißen Terror“ erst dann massenhaft entfalten, wenn sich die Waage zugunsten der konterrevolutionären Kräfte neigt, um dann die Machtmittel des sozialistischen Staates endgültig zu zerschlagen;
- die Herauslösung der CSSR aus der sozialistischen Staatengemeinschaft stufenweise - unter Absicherung durch die NATO und eventuell auch mit Hilfe einer manipulierten UNO-Mehrheit - vollziehen, gleichzeitig mit dem Versuch, sowjetische Truppen vom tschechoslowakischen Territorium fernzuhalten;
- umfassend den „verdeckten Krieg“ vorbereiten sowie starke, sorgfältig eingewiesene Interventionsstreitkräfte an der Westgrenze der CSSR bereithalten.

Im Sommer 1968 schied das Vorgehen gegen die CSSR bereits zum Erfolg zu führen. Der später aus der CSSR ausgewiesene Korrespondent und Agent Graf Rasmowsky frohlockte in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“: „Auf der anderen Seite ist es nur allzu evident, daß man in der Tschechoslowakei heute schon viel weiter ist als je zuvor in Ungarn oder Polen.“

In einer Charakteristika über im Sommer 1968 entstandenen Lage schätzte das Zentralkomitee der KPdSU in seinem Dezemberbeschuß von 1970 ein: Im August 1968 hatte sich in der Tschechoslowakei eine akute konterrevolutionäre Situation ergeben, unser Land sah sich am Rande des Bürgerkrieges. Mit aller Schärfe erhob sich die Frage: „Wer - wen?“. Entweder würde die Konterrevolution, die sich auf die internationale Reaktion stützte, ihr düsteres Werk vollenden oder es mußte den sozialistischen Kräften gelingen, der Konterrevolution eine Abfuhr zu erteilen und die Sache des Sozialismus zu behaupten.“

Zu dieser Lage hatten die Aktivitäten der Geheimdienste der NATO-Hauptmächte, allen voran die der USA und der BRD, erheblich beigetragen.

Vor dem Übergang der NATO-Hauptmächte zur „indirekten“ Aggression gegen die CSSR zu Anfang des Jahres 1968 gab es vor allem auf geheimdienstlichem Gebiet eine Art Vorphase, die schon zu Beginn der sechziger Jahre eingesetzt hatte. Sie ging von zwei Erscheinungen in der CSSR aus, die günstige Ansatzpunkte für die Subversion zu bieten schienen: erstens von der zunehmenden Schwäche des ideologischen Überbaus, markiert durch das Auftreten einer rechtsgerichteten Gruppierung von Schriftstellern auf der internationalen Kafka-Konferenz im Mai 1963 in Liblice; zweitens von den sich verschärfenden Struktur- und Wachstumschwierigkeiten in der Volkswirtschaft. Seitdem konzentrierten sich die geheimdienstlichen Aktionen der NATO-Mächte immer stärker auf die CSSR. Das ist eine typische Erscheinung der antisozialistischen Strategie. Lange bevor eine Aggression in dieser oder jener Form ansetzt, nimmt die Geheimdiensttätigkeit gegen das „nächste Opfer“ aber auch gegen dessen Nachbarstaaten auf allen Gebieten ständig zu.

Im Fall der CSSR orientierten sich die CIA und der BND vorrangig darauf, detaillierte Angaben für den Ansatz der psychologischen Kriegführung, insbesondere der ideologischen Diversion zu beschaffen, im Lande Stützpunkte zu organisieren und die Subversion zu forcieren.

Hauptmethoden der Subversion von CIA und BND in der Vorbereitungsphase der Operation gegen die CSSR waren:

- Erstens die Infiltration der Massenmedien und deren Synchronhaltung mit „Radio Free Europe“, der „Deutschen Welle“, dem „Bayrischen Rundfunk“ und anderen Organen der psychologischen Kriegführung, die systematisch ihre Hetze gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung und deren Fundament in der CSSR verstärkten.



Die Rolle des Geheimdienstes in der konterrevolutionären Strategie des BRD-Imperialismus

12. Folge

Auszugsweiser Nachdruck aus „Nicht länger geheim“ mit freundlicher Genehmigung der Autoren Albert Charisius und Julius Mader sowie des Militärverlages der DDR. Die Auswahl und Zusammenstellung besorgte Dr. Werner Streck.

Zweitens die Unterwanderung der Partei- und Staatsapparate in der CSSR. Die Helfershelfer der Geheimdienste sollten, wie die bürgerliche französische Zeitschrift „Temps moderne“ bezeugte, Diszipliniertheit an den Tag legen, sich an die Linie halten, in den Apparaten und andere leitende Organe eindringen und Schlüsselpositionen einnehmen. Zugleich wurden sie angehalten, keinerlei Anlaß für einen verhängten Konflikt mit Höherstehenden zu bieten, und sich bemühen, die Stufen der Leiter möglichst schnell emporzuklimmen.“

Drittens die Bildung eines konspirativen oppositionellen antisozialistischen Zentrums und regionaler Zentren. So sollte Mitte der sechziger Jahre eine „neue“ sozialdemokratische Partei in der CSSR gegründet und in der Folge als Sprengmittel gegen die Einheit der Arbeiterklasse und als ein politisches Zentrum der Konterrevolution wirksam

zu werden. Gleiche Zersetzungsaktionen startete unter der Regie rechter SPD-Führer auch die sogenannte Sozialistische Internationale, sie wurden teilweise über österreichische und italienische Verbindungen gesteuert.

Darüber hinaus unterhielt die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ der SPD-Führung über ihre Vertrauensleute in Wien - den Sekretär des Vorsitzenden der SPÖ, Lankowitsch und den Pressereferenten des Afroasiatischen Instituts, Haselbach - enge Kontakte zu Journalisten- und Schriftstellerkreisen der Tschechoslowakei. Die „Friedrich-Ebert-Stiftung“ zweigte umfangreiche Mittel für die Wühlstätigkeit ab.“

Viertens die erweiterte und aktivierte Militärsplionage in der CSSR. Ein Beweis dafür war, daß die Geheimdienste der NATO-Staaten, besonders die der USA, der BRD und Großbritanniens, nicht nur den ständig wachsenden Tausendstrom in die CSSR zum Ausbau ihres konspirativen Netzes nutzten,

sondern auch die verstärkten Handels- und Wirtschaftskontakte mit dem Westen.

Gestützt auf diese Vorarbeiten und ausgehend vom Operationsplan der NATO-Hauptmächte, bestand nach dem Anlaufen der „indirekten“ Aggression gegen die CSSR Anfang 1968 die Hauptaufgabe der Geheimdienste darin, eine starke „Fünfte Kolonne“ als Stützpunkt der äußeren Konterrevolution zu organisieren und ihre Aktionen anzuleiten. Sie hätten im Zusammenwirken mit den antisozialistischen Kräften in der CSSR entscheidenden Anteil daran, daß eine konterrevolutionäre Plattform, Führungszentren und eine Untergrundorganisation zustande kämen.

In dem schon zitierten Beschuß der KPdSU wird eingeschätzt: „Kraft der Logik des politischen Kampfes wurden die Rechten immer aggressiver und bemüht sich, politische Kräfte aus dem Reihen des ehemaligen Kleinbürgertums, die sich am Rande der sozialistischen Gesellschaft hielten, ja sogar offen antikommunistische Kräfte als Bundesgenossen zum Kampf gegen die Partei zu gewinnen. Es bildete sich ein politischer Block der rechtsrevisionistischen und antisozialistischen Kräfte. Ihrer Ideologie und Taktik nach unterschieden sich seine einzelnen Teile voneinander, doch im entscheidenden Kampf gegen die Partei und gegen das Bündnis mit der Sowjetunion waren sie einig.“

Nachdem die rechtsopportunistischen und antisozialistischen Kräfte in unserem Lande den offenen Angriff auf die wichtigsten Grundsätze der Partei und des Sozialismus unternommen hätten, und nachdem ihre Zersetzungsmaßnahmen nicht mehr auf aktiven Widerstand stießen, konnten auch die von außen wirkenden imperialistischen Kräfte zur entscheidenden Offensive übergehen.“

Nach der seit Januar 1968 systematisch vor allem über die Kontakte des USA- und des BRD-Geheimdienstes geschürten, von innen und außen koordiniert geführten Zersetzungspropaganda hielten die konterrevolutionären Kräfte am 27. Juni 1968 die Zeit für gekommen, ihre Plattform der Öffentlichkeit vorzulegen.

An diesem Tag wurde in mehreren tschechoslowakischen Zeitungen - so in „Literarni Listy“ (Schriftstellerverband), „Prace“ (Gewerkschaften), „Zemědělské Noviny“ und „Mlada Fronta“ (Jugendverband) - sowie im Fernsehen und Rundfunk ein sogenannter offener Brief einer Gruppe von Personen mit der Überschrift „Zweitausend Worte an Arbeiter, Bauern, Angestellte, Wissenschaftler, Künstler, an alle Bürger“ veröffentlicht.

Mit Hilfe dieses demagogischen Programms sollten der Konterrevolution eine Massenbasis geschaffen, die verschiedene antisozialistischen Strömungen vereiniget, das weitere gemeinsame Vorgehen zunächst bis zum Herbst 1968

festgelegt und bestimmte organisatorische und taktische Maßnahmen eingeleitet werden.

Der ZK-Beschuß der KPdSU vom Dezember 1970 wertet diesen Vorgang wie folgt: „Die offene und koordinierte Offensive der Reaktion äußerte sich in der Veröffentlichung der 2.000 Worte der konterrevolutionären Plattform, die als direkte Anleitung zu Gewalttaten und zur Zerstörung des sozialistischen Systems dienen sollte.“

In diesem Dokument trat deutlich die Linie von Bonn „neuen Ostpolitik“, der Einfluß der bürgerlichen Ideologen, und insbesondere die von der rechten SPD-Führung von langer Hand verbreiteten revisionistischen Thesen zutage. Das Manifest trug die Handschrift der psychologischen Kriegführung. Es war als Leitlinie für die erste Phase der Operation gegen die CSSR gedacht, des angeblich „gewaltlosen Aufstands“. Unter dem Deckmantel einer sogenannten Liberalisierung und eines vorgeblich „demokratischen Sozialismus“ versuchten seine Autoren, die gesamte Geschichte der Tschechoslowakischen Republik nach 1948 zu diskreditieren und die bürgerliche Tschechoslowakei zu preisen.

Die sozialistischen Errungenschaften sollten ausgelöscht, die führende Rolle der KPdSU beseitigt, die Freundschaft der tschechoslowakischen Völker mit den Völkern der sozialistischen Bruderstaaten, besonders mit der Sowjetunion, untergraben, der Konterrevolution der Weg gebahnt werden. Mehr noch: Die Verfasser des Auftrufs und diejenigen, die hinter ihnen standen, beabsichtigten, die antisozialistischen Elemente zu aktivieren, indem sie erklärten, daß „die anbrechende Periode für viele Jahre entscheidend sein wird“, und sie forderten dazu auf, „mit eigenen Lösungen“ aufzutreten.

Sie riefen zu Demonstrationen, Streiks und Unruhen, also zu Vorformen des „verdeckten Krieges“ auf. Sie prälimierten überall eigene Bürgerkomitees und Kommissionen zu gründen, das heißt schrittweise die politische Macht zu ergreifen. Sie versprachen, für die neue Führung, der sie das Mandat geben würden, mit der Waffe in der Hand einzutreten.“

7) Siehe Lehren... a. a. O., S. 30
8) „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, vom 1. Juli 1968.
9) Lehren... a. a. O., S. 42
10) Zu den Ereignissen in der CSSR, a. a. O., S. 17
11) Zu den Ereignissen in der CSSR, a. a. O., S. 23
12) Lehren... a. a. O., S. 30f.
13) Ebenda, S. 37
14) „Pravda“, Moskau, vom 11. Juli 1968, Beschuß des Zentralkomitees der KPdSU zu einigen Organisations- und Kadernfragen, vom 30. Mai 1968.